

KARL JOSEF RIVINIUS

## Sozialpolitische Wirksamkeit des Preßkaplans Georg Friedrich Dasbach (1846–1907)

### VORBEMERKUNGEN\*

Am Abend des 11. Oktober 1907 starb im Bonner Marienhospital *Georg Friedrich Dasbach*, geboren am 9. Dezember 1846 zu Horhausen im Westerwald<sup>1</sup>. Über den Verstorbenen, Priester und Publizist, Bauern-Organisator und Großunternehmer, Reichstags- und Landtagsabgeordneten, schrieb *Michael Felix Korum*, Diözesanbischof von Trier, an die Angehörigen des Verstorbenen: »Dem treuen und unerschrockenen Verteidiger der Kirche und ihrer Rechte in heißer Kampfes- und Leidenszeit wird die Nachwelt gerechter sein, als es oft die Mitwelt gewesen ist.« *Georg Friedrich Dasbach* war in der Tat zeitlebens eine umstrittene Persönlichkeit, die

\* Folgende Abkürzungen werden verwendet:

- KV = Kölnische Volkszeitung  
LThK = Lexikon für Theologie und Kirche  
NDB = Neue Deutsche Biographie  
Pol. Archiv = Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn, Deutschland Nr. 126, Nr. 2a: Katholische Presse  
PB = (St.) Paulinus-Blatt  
Sten. Berichte = Stenographische Berichte über die Verhandlungen der . . . beiden Häuser des Landtages. Haus der Abgeordneten, Berlin 1890 ff.  
TLZ = Trierische Landeszeitung  
TZ = Trierische Zeitung

<sup>1</sup> An Literatur über Leben und Wirken von *Georg Friedrich Dasbach*: *Raimund Faust*, Die wirtschaftlichen Kämpfe des deutschen Bauernstandes in den letzten 50 Jahren. Denkschrift zum 25jährigen Jubiläum des Trierischen Bauern-Vereins 1884–1909, Trier 1909; *G. Schork*, Persönliche Erinnerungen an Kaplan Dasbach, in: TLZ Jubiläumsausgabe, April 1924; *ders.*, Kaplan Georg Friedrich Dasbach. Ein Lebensbild, in: PB, Nr. 41, 13. Oktober 1957; *Wilhelm Kisky*, Fünfzig Jahre Augustinus-Verein zur Pflege der katholischen Presse von 1878–1928, Düsseldorf 1928; *Karl Hoerber*, Dasbach, Georg Friedrich, in: LThK, III, Freiburg 1931, 159 f.; *Wilmont Haacke*, Georg Friedrich Dasbach, in: NDB, III, Berlin 1957, 518; *Georg Friedrich Dasbach*, in: *Wilhelm Kosch*, Biographisches Staatshandbuch, I, Bern, München 1963, 227 (hier sind die wichtigsten Publikationen von Dasbach verzeichnet); *Hubert Thoma*, Georg Friedrich Dasbach. Priester-Publizist-Politiker, Trier 1975; *Ulrich Fohrmann*, Trierer Kulturkampfpublizistik im Bismarckreich. Leben und Werk des Preßkaplans Georg Friedrich Dasbach, Trier 1977 (Lit.).

sich mannigfacher gehässiger Angriffe, Verdächtigungen und Verleumdungen ausgesetzt sah<sup>2</sup>. Von seinen Widersachern gefürchtet und erbittert bekämpft, wurde er von seinen Freunden und Anhängern respektvoll geachtet, ja als Wohltäter und Anwalt der arbeitenden Bevölkerung, als Menschenfreund und »fast unersetzlicher Vorkämpfer der guten Sache« geschätzt, der sein Leben lang sich für den »kleinen Mann«, den Bauern, den Winzer und Bergarbeiter im Süden der preußischen Rheinprovinz eingesetzt hat, so sehr, daß er wegen seines Engagements für den Arbeitnehmer von Arbeitgeberseite in amtlichen Berichten oft als »Sozialdemokrat« bezeichnet wird. Mit seinem Dienstantritt im April 1871 als Kaplan an St. Gervasius in Trier, der zeitlich mit dem Beginn des Kulturkampfes zusammenfällt – 1875 entzog ihm die Regierung die Erteilung des schulpflichtigen Religionsunterrichtes und im selben Jahr untersagte sie ihm noch aufgrund der sogenannten Maigesetze jede Amtshandlung im Pfarramt –, entfaltete er neben der seelsorgerischen Arbeit eine eifrige soziale und publizistische Tätigkeit, die ihn bald über das Trierische Land hinaus

<sup>2</sup> In diesem Zusammenhang sei exemplarisch verwiesen auf den Haubrich-Prozeß, einen Beleidigungsprozeß, der in ganz Deutschland Aufsehen erregte. Die Regional- und Dasbach-Presse, aber auch die überregionalen Blätter berichteten ausführlich über die Verhandlungen, in deren Verlauf die Vergangenheit von *Georg Friedrich Dasbach* außerordentlich exakt ausgelotet wurde. Insofern gewähren die überlieferten Verhandlungsberichte, insbesondere der Trierer Lokalpresse, einen aufschlußreichen Einblick in seine Lebensgeschichte. Zum Ganzen: Das gerichtliche Urtheil im Proceß Dasbach gegen Haubrich, in: *Germania*, Jg. 30, Nr. 102, 2. Blatt, 5. Mai 1900; Proceß Dasbach gegen Haubrich, in: Extra-Beilage zum PB, Nr. 18, 6. Mai 1900. Zum Vorwurf des bei Dasbach früher angestellten Redaktionsgehilfen Haubrich, sein vormaliger Arbeitgeber ließe sich von ungezügelm Ehrgeiz bestimmen und vernachlässige in unverantwortlicher Weise seine priesterlichen Pflichten, erklärte der Reichstagsabgeordnete Oberlandesgerichtsrat *Roeren*: »Ich habe nie einen fleißigeren Mann als Dasbach gefunden. Ich wohne mit ihm in einem Hause, kann ihn also beobachten. In der Fraktion genießt er die größte Anerkennung wegen seiner seltenen Opferwilligkeit, seiner Selbstlosigkeit, seines ganz unglaublichen Fleißes und seiner großen Gefälligkeit. Er bekümmert sich um alle parlamentarischen Sachen und findet dabei noch Zeit, für arme Knaben zu sorgen . . . Er hilft auch in Berlin im Beichtstuhle aus und liest täglich die hl. Messe. Allerdings fühlen manche sich dadurch, daß Dasbach sich um alle parlamentarischen Fragen bekümmert, verletzt und meinen anfangs, er wolle sich vordrängen; später aber sieht man, daß er es nur in der Absicht thut, der guten Sache zu dienen. Auch tadelt er oft, daß manche Abgeordnete von Berlin abwesend sind, und schickt auf seine Kosten an seine Bekannten in dringenden Fällen Depeschen, um sie zur Rückkehr nach Berlin einzuladen. Auch dieß tadeln manche, aber mit Unrecht« (ebenda, 6). Siehe auch: *Georg Friedrich Dasbach*, Der Proceß Dasbach gegen Haubrich. Bericht über die Gerichts-Verhandlungen vom 20. bis 23. April 1900 nebst dem Urtheil vom 30. April, Trier 1900. Gegen das Urtheil hatte der Privatkläger Dasbach Revision beantragt. Über den Ausgang der Verhandlungen der Berufungsinstanz informieren: Proceß Dasbach-Haubrich. Urtheil im Prozesse Dasbach gegen Haubrich, in: TLZ, Jg. 26, Nr. 561, 1. Abendblatt, 24. Dezember 1900; Das Endurtheil im Proceß Dasbach gegen Haubrich, in: *Germania*, Jg. 31, Nr. 79, 1. Blatt, 5. April 1901.

außerordentlich populär machte. Im Jahre 1875 gründete und redigierte *Georg Friedrich Dasbach* das heute noch existierende »Paulinusblatt«, das rasch große Verbreitung fand und jahrzehntelang zu den besten und beliebtesten religiös-politischen Sonntagsblättern zählte. Außerdem gründete er eine Anzahl politischer Tagesblätter, so beispielsweise die »Trierische Landeszeitung«, die »St.-Johann-Saarbrücker Volkszeitung«, die »Neunkirchener Zeitung« und die »Rhein- und Wiedzeitung«<sup>3</sup>. Sämtliche Blätter dienten bei den kirchenpolitischen Auseinandersetzungen während des Kulturkampfes der Verteidigung der Zentrumsidee und der katholischen Sache<sup>4</sup>. *Georg Friedrich Dasbach* selbst setzte sich als Publizist und Politiker in Wort und Schrift für die Rechte der Kirche im »ultramontanen« Sinn kompromißlos ein, was ihm die Feindschaft seiner politischen und weltanschaulichen Gegner einbrachte. Seine unnachgiebige Haltung erregte aber auch innerkirchlich den Zorn bis in höchste Kreise der kirchlichen Hierarchie, als deren bedeutendster Repräsentant *Georg Kardinal Kopp*, Fürstbischof von Breslau, anzusehen ist, der auf ihn nicht gut zu sprechen war.

In vorliegendem Beitrag geht es nicht darum, einen Überblick über die vielseitige, ausgedehnte Tätigkeit und eine umfassende Würdigung *Georg Friedrich Dasbachs* zu bieten. Es werden nur einige, mehr fragmentarische Aspekte seiner regen Wirksamkeit auf sozialem Gebiet behandelt, eines Einsatzes, der ihn bis zu seinem Lebensende ausgezeichnet hat und der sich bis in seine frühen Priesterjahre zurückverfolgen läßt. Es verwundert deshalb, beim Durchsichten der Literatur feststellen zu müssen, daß die Erinnerung an ihn fast vollständig aus dem Gedächtnis der Nachwelt ge-

<sup>3</sup> Über die Zeitungsgründungen und die ihnen zugrundeliegenden Intentionen unterrichtet: *Ulrich Fohrmann*, Trierer Kulturkampfpublizistik.

<sup>4</sup> Zur Rolle *Georg Friedrich Dasbachs* im Kulturkampf: *Ulrich Fohrmann*, Trierer Kulturkampfpublizistik im Bismarckreich, Trier 1977; *Christoph Weber*, Kirchliche Politik zwischen Rom, Berlin und Trier 1876–1888. Die Beilegung des preußischen Kulturkampfes, Mainz 1970. In einem Bericht des preußischen Kultusministers *Gustav von Gofler* vom 3. Dezember 1888 an den Königlichen Staatsminister und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Fürsten *Otto von Bismarck*, heißt es etwa: »Bei den Agitationen der rheinischen katholischen Geistlichkeit gelegentlich der Reichstagswahlen im Jahre 1887 stand Dasbach im Vordergrund. Der Präsident der Regierung in Coblenz, dessen bezüglichlichen Bericht ich Euerer Durchlaucht mittels Schreiben vom 14. März 1887 mitzuthelen mich beehrte, hatte damals Veranlassung genommen, mit dem Bischof von Trier wegen des agitatorischen Verhaltens des Kaplans Dasbach in Korrespondenz zu treten. Bischof Korum lehnte es indessen ab, gegen Dasbach einzuschreiten, indem er erklärte, daß Dasbach zwar als Geistlicher der bischöflichen Behörde unterstehe, daß letztere jedoch keine Befugnis haben dürfte, ihn in der Ausübung seiner bürgerlichen Rechte zu hindern« (Pol. Archiv, Deutschland Nr. 126, Nr. 2a, I, fol. 4f.).

tilgt ist<sup>5</sup> – es hat sich also der eingangs von Bischof *Michael Felix Korum* ausgesprochene Wunsch nicht erfüllt –, selbst in Trier, wo er den größten Teil seines Lebens zugebracht hat. Hier erinnern an ihn bloß noch vornehmlich die Paulinus-Druckerei, eine am 25. Oktober 1948 nach ihm benannte Straße, eine Gedenkplakette an einem seinen Namen tragenden Haus des Raiffeisenverbandes und drei von ihm gestiftete Beichtstühle in der St.-Gangolf-Kirche, an der er aushilfsweise tätig war und vor deren Eingang sich sein Grab heute befindet. Daß *Georg Friedrich Dasbach* trotz seiner Leistungen insbesondere auf verlegerischem und sozialpolitischem Gebiet im Bewußtsein der Nachwelt nicht lebt, erklärt sich größtenteils aus der Tatsache, daß er, maßgeblich von den Ereignissen des Kulturkampfes geprägt, nach dessen Ende nicht fähig bzw. nicht willens war, in einer Zeit der sich anbahnenden Versöhnung zwischen Kirche und Staat in diesem Geist aktiv mitzuarbeiten. »Ganz der ›Thypus des unversöhnlichen Ultramontanen‹, der ›überall staatliche Übergriffe und Kulturkampfgeleüste witterte und bis zum letzten Atemzug für die Alleinherrschaft des Klerikalismus‹ kämpfte, war er eine Erscheinung, ›die nur auf dem Boden des Kulturkampfes entstehen und groß werden konnte‹ und die auch ›nur unter den besonderen Bedingungen des Trierer Landes zu verstehen‹ ist.«<sup>6</sup>

## I. LÄNDLICHE SOZIALPOLITIK

### 1. Bekämpfung des Wuchers

Die soziale Frage im umfassenden Sinn war für die deutschen Katholiken im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts nach wie vor die wichtigste innenpolitische Angelegenheit. Vornehmlich die Wechselbeziehungen zwischen Politik und sozialer Frage wurden tief empfunden. Die Behandlung der anstehenden Sachprobleme war für den Katholizismus Deutschlands nicht nur ein politischer Diskussionspunkt, sondern eine christlich-religiöse Verpflichtung. Aus diesem christlichen Verantwortungsbewußtsein resultierte *Georg Friedrich Dasbachs* Einsatz im Bereich der caritativen Fürsorge. Aber auch auf volkswirtschaftlich-sozialem Gebiet hatte er, als die Reichssozialpolitik noch in ihren Anfängen stand, bereits mit großem Erfolg gearbeitet, so vor allem durch Bekämpfung des Wuchers, unter dem namentlich die ländliche Bevölkerung im Süden der

<sup>5</sup> So fehlt z. B. der Name *Georg Friedrich Dasbach* bei: *Wilhelm Kosch*, Das katholische Deutschland. Biographisch-bibliographisches Lexikon, I, Augsburg 1933 und in der von *Jürgen Aretz*, *Rudolf Morsey* und *Anton Rauscher* hrsg. »Zeitgeschichte in Lebensbildern«, III (Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts), Mainz 1979, in die mehrere seiner Mitkämpfer und Weggefährten aufgenommen worden sind.

<sup>6</sup> *Ulrich Fohrmann*, Trierer Kulturkampfpublizistik, 4.

Rheinprovinz litt. Für sie ist er ein Helfer in extremer Not gewesen, dem sie es durch treue Anhängerschaft dankte.

Die grundlegende Umgestaltung der agrarischen Strukturen mit den ihr korrespondierenden ökonomischen und sozialen Verhältnissen im Zuge der Bauernbefreiung und der nach dem Anfall der Rheinprovinz an Preußen 1815 in den folgenden Jahrzehnten nach den preußischen Gesetzen durchgeführten Grundentlastung führte im Unterschied zu Frankreich in Deutschland nicht zur revolutionären Enteignung der Rechte des Grundherrn bzw. Gutsherrn, vielmehr zu einer evolutionären Entwicklung in Form der Ablösung. Die Bauern waren dabei in der Regel Objekt, nicht Subjekt des Handelns. War die Befreiung erfolgt, um die Bauern in die neue marktwirtschaftliche Ordnung des Liberalismus einzubinden, so wurde diese Zielsetzung nicht überall erreicht. Im Westen und Südwesten, also in den Realerbeitungsgebieten im Bereich der ehemaligen Grundherrschaft, war die Folge der Bauernbefreiung, daß die bislang vom Grundherrn noch einigermaßen gebremste Zersplitterung der Besitzverhältnisse in der Folgezeit sich schrankenlos auszudehnen vermochte<sup>7</sup>. Stagnierende industrielle Entwicklung in Zeiten fehlender Prosperität, Depression und Konjunkturschwankungen, denen man auf dem Land mit immer weiterer Parzellierung der Acker- und Weideflächen zu begegnen suchte, mit dem Erfolg, daß eine Unzahl lebensunfähiger Bauernstellen entstand, überhöhte Grundsteuer in der Rheinprovinz – gemessen am Durchschnitt in der preußischen Monarchie –, Überbevölkerung vor allem in kleinbäuerlichen Gebieten, Mißernten, Dezimierung der Viehbestände durch Seuchen und unzureichende Futterbestände, ein äußerst langsames Wachstum bei der Landwirtschaft bis Mitte der neunziger Jahre, starke Fluktuation innerhalb der führenden Schichten auf dem Land, geringe Kooperation und Koordination zwischen Landwirtschaft und Industrie, scharfe Konkurrenz durch billigere Importe aus Osteuropa und Übersee, denen wirksam kaum begegnet werden konnte, und zwar

---

<sup>7</sup> Im Trierer Land regelte bis Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches am 1. Januar 1900 der Code Civil die rechtlichen Bestimmungen über den Grundstücksverkehr. Zum Verkauf eines Grundstücks genügte danach ein privatschriftlicher Kaufvertrag; waren sich Verkäufer und Käufer über Grundstück und Preis einig, reichte sogar als rechtsverbindlich ein mündliches Kaufversprechen aus. Der Code Civil suchte wohl eine Zerstückelung des Grundbesitzes nach Möglichkeit zu unterbinden, in der Praxis ließ sich dies jedoch in den meisten Fällen nicht vermeiden. Das hatte zur Folge, daß die Bewirtschaftung vor allem bei kargem Boden, der in kleine und kleinste Parzellen aufgeteilt wurde, unrentabel war. Im Regierungsbezirk Trier betrug 1862 die Durchschnittsgröße einer Parzelle etwas mehr als einen halben Morgen, in den östlichen Provinzen der preußischen Monarchie zum gleichen Zeitraum mehr als acht Morgen (vgl. *Otto Beck*, Beschreibung des Regierungsbezirkes Trier, I, Trier 1868, 249, Anm.).

vielfach dadurch nicht, daß eine Technisierung deswegen nicht stattfand, weil die Höfe zum Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen zu klein und damit zu kapitalarm waren, oder, wie im Osten, Arbeitskräfte billig beschafft werden konnten, brachten die Mehrzahl der Bauern wiederholt in bedrückende Notlagen<sup>8</sup>.

Ein weiterer gravierender Umstand, der manchen Bauern in seiner Existenzgrundlage bedrohte oder ihm sogar den materiellen Ruin brachte, war der Wucher auf dem Land, das Grundübel jener Zeit. Er trat auf namentlich als Kredit-, Vieh- und Grundstückswucher. Das Wucherunwesen hatte in dem zu behandelnden Zeitraum in einem Maße zugenommen, daß der »Verein für Socialpolitik« eine Untersuchung über den Wucher auf dem Land in Auftrag gab<sup>9</sup>. Im Zusammenhang mit dieser Enquete hat *Georg Friedrich Dasbach* in seiner Eigenschaft als Schriftführer des Trierischen Bauernvereins eine Schrift unter dem Titel verfaßt »Der Wucher in den Dörfern des trierschen Landes«<sup>10</sup>. In ihr untersucht er die unterschiedlichen Arten des Wuchers: Darlehnswucher (151–155), Viehwucher, den er unterscheidet als Wucher »1. beim Viehhandel selbst, 2. in Folge der Prozesse aus Viehhändeln und 3. in Folge Viehverleihens auf halbe Zucht« (155–175), Wucher beim Ankauf von Versteigerungsprotokollen (175–178) und Warenwucher (178–182). Im Nachtrag (182–191)

---

<sup>8</sup> Zum Umwälzungsprozeß und der gesellschaftlichen Umschichtung infolge der fortschreitenden Industrialisierung: »Noch Ende der Siebziger Jahre war Deutschland ein Agrarstaat; die Mehrzahl der Deutschen wohnte nicht in Städten, sondern auf dem Land und fand ihre politische Repräsentation überwiegend im konservativen Altpreußentum. Mitte der neunziger Jahre hatte sich dies geändert; nahezu 1,5 Millionen Deutsche waren ausgewandert, weit mehr hatten aus den Ostgebieten, aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen und Schlesien den Weg in die Stadt, zur Industrie gefunden – in Berlin, im mitteldeutschen Industriegebiet und dann im Rheinland und in Westfalen. Anfang der neunziger Jahre zog die deutsche Industrie auch in der Zahl der beschäftigten Personen mit der Landwirtschaft gleich. Hatten 1882 noch 43,38 Prozent in der Landwirtschaft gearbeitet, so waren es 1895 noch 36,19 Prozent, ebenso viele wie im Bergbau und Hüttenwesen. Deutschlands Landvolk wurde zum Stadtvolk, der Agrarstaat ein Industriestaat; nur um 0,68 Prozent stieg in den neunziger Jahren die Beschäftigungszahl auf dem Agrarsektor, während sie in der Industrie 29,4 Prozent, im Handel und Verkehr 48,92 Prozent betrug« (*Helmut Böhme*, Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. <sup>5</sup>1968, 85).

<sup>9</sup> Die Ergebnisse wurden als Buch publiziert: *Der Wucher auf dem Lande. Berichte und Gutachten, veröffentlicht vom Verein für Socialpolitik*, Leipzig 1887. Die vorgelegten Untersuchungen schildern anschaulich die wucherischen Praktiken in den verschiedenen deutschen Ländern.

<sup>10</sup> Dieser in voranstehender Anmerkung genannte Bericht – nach ihm wird im folgenden zitiert –, den *Georg Friedrich Dasbach* aufgrund seiner Erfahrungen als Mitbegründer und »Seele des Trierischen Bauernvereins« mit dem Wucher und seinen sozialen Folgen für den Bauernstand zusammengestellt hat, erschien noch im selben Jahr als 41 Seiten starke Broschüre im Paulinus-Verlag.

schlägt er eine Reihe praktischer Maßnahmen vor, wie dem Wucher wirksam begegnet werden könnte. Für jede Variante des Wuchers führt er mehrere Beispiele an, zum Teil Prozeßberichte, in denen die Kontrahenten namentlich genannt werden. Diese Beispiele stammen in der Regel aus den Akten des Trierischen Bauernvereins, gründen somit auf *Georg Friedrich Dasbachs* eigener Erfahrung.

Die Situation der Landbevölkerung im Jahre 1887 charakterisiert er folgendermaßen: »Wenn man in die ländlichen Verhältnisse einen tieferen Einblick hat und die ungeheuere Schuldenlast, welche auf dem Grundbesitz ruht, in Betracht zieht, dann könnte man an der Rettung des Bauernstandes ganz verzweifeln. Man kann, wenn man selbst von den Personalschulden absehen will, ohne Übertreibung behaupten, daß dreiviertel des Grundbesitzes der kleineren Landwirthe mit Hypothekenschulden belastet sind. Das ist die allgemeine Regel. Man empfiehlt so oft das Zusammenlegen und Zusammenhalten der Grundgüter; aber gerade dieses Zusammenhalten der Güter bei dem Stammhause und das dadurch nothwendig werdende Abfinden der Geschwister mit baarem Gelde ist die erste und tiefste Ursache der hypothekarischen Belastung, welche sich forterbt in die dritte und vierte Generation, wo dann die Subhastation das Ende ist.« Er zählt aber nicht nur mehr externe Gründe auf, die erklären, warum es den Bauern so schlecht geht, sondern sieht Ursachen für den desolaten Zustand der Landwirtschaft beim Bauern selbst, wenn er weiterfährt: »Die Fortschritte auf dem Gebiete der Landwirtschaft beachten manche Landleute gar nicht; sie halten starrsinnig am Alten fest. So ist insbesondere die Dreifelderwirtschaft das fast allgemein zur Anwendung gebrachte Kultursystem. Dieselbe paßt aber nicht mehr für unsere heutigen Verhältnisse, weil bei derselben der Futterbau vernachlässigt wird und somit die Viehzucht nicht gehörig betrieben werden kann. Auch wird bei der Dreifelderwirtschaft der nicht mehr rentable Getreidebau in zu ausgedehntem Maße betrieben. Dazu hat dieses Kultursystem den Nachtheil, daß gerade zur Zeit der Saat und Ernte sich die Arbeiten zu sehr häufen und mehr Arbeiter erfordern. Bei den hohen Löhnen muß aber der Bauer darauf bedacht sein, mit wenigen Arbeitskräften möglichst viel zu produzieren.«<sup>11</sup>

Im 19. Jahrhundert lagen – zumal im Westen – Geldleihe und Viehhandel überwiegend in Händen der Juden. Bei wenigstens 22 von 40 Viehprozessen, die *Georg Friedrich Dasbach* einzeln beschreibt und die ihm deshalb gelegentlich den Vorwurf des Antisemitismus eingebracht haben, waren

---

<sup>11</sup> *Georg Friedrich Dasbach*, *Der Wucher in den Dörfern*, 182.

Juden beteiligt. Er wandte sich jedoch nicht gegen die Juden an sich, sondern grundsätzlich gegen den Wucher. Soweit dabei Juden als Geldgeber, Grundstücksmakler oder Viehhändler vorkommen, entspricht die deskriptive Beschreibung dem Tatbestand. So heißt es im Abschnitt über den »Viehhandel«: »Beobachtet man den Viehhandel auf den Märkten des Regierungsbezirks Trier, dann gelangt man zu der festen Überzeugung, daß er fast ganz in den Händen der Juden sich befindet.«<sup>12</sup> Und über die Art und Weise des skandalösen Geschäftsgebarens bei der Geldverleihe, über den die Bauern sich am liebsten ausschwiegen aus Scham oder aus Furcht, daß bei Bekanntwerden der finanziellen Misere ihren Kindern die Chance einer Heirat genommen würde, informiert er an Hand notorischer, anschaulicher Fälle ausführlich: »Der Wucher bei Gewährung von Darlehen geschieht meistens dadurch, daß dem Leihner eine geringere Summe ausgezahlt wird, als im Schuldschein verzeichnet ist. Der Wucherer wagt dies, weil er weiß, daß sein Opfer sich in einer Nothlage befindet, zudem aus falscher Scham schweigen, wegen Mangels von Zeugen und der Höhe der Kosten einen Prozeß scheuen wird. Der Schuldschein, welcher ausgestellt worden ist, bildet in der Hand des Wucherers ein Mittel, den Bauern immer mehr und mehr in seine Gewalt zu bekommen. In dem Schuldschein wird nämlich meistens festgesetzt, daß entweder die Schuld auf erste Anforderung zahlbar ist, oder daß, wenn sie in mehreren Terminen entrichtet werden kann, die ganze Schuld verfallen sein soll, wenn ein Termin nicht pünktlich entrichtet wird. Der Bauer ist nun fast gar nicht in der Lage, pünktlich auf den Verfalltag zu bezahlen, wenn er nicht den größten Schaden erleiden will. Oft trifft es sich, daß vor dem Zahlungstermin die Felderzeugnisse nur einen geringen Preis haben oder die Viehpreise sehr gesunken sind oder ein Stück Jungvieh, aus welchem über einige Monate etwa 100 Mark erlöst werden können, im Augenblicke, da der Bauer dasselbe verkaufen müßte, um zahlen zu können, nur einen Erlös von etwa 50 Mark bringen könnte usw. In anderen Fällen ist auch der Schuldner von Unglück (Krankheiten in der Familie, Hagelschlag, Brand, Viehverluste usw.) heimgesucht worden; in Folge dessen befindet er sich nur in einer zeitweiligen Zahlungsunfähigkeit, aus welcher er sich, wenn man ihm Ausstand gewährte, im nächsten Jahre ganz gut herausarbeiten würde. Der Wucherer kehrt sich aber an derartige Unglücksfälle gar nicht, sie lassen ihn ungerührt, ja gerade sie bieten ihm eine erwünschte Gelegenheit, Geschäfte zu machen, so daß er aus dem Unglück seines Opfers den größ-

---

<sup>12</sup> Georg Friedrich Dasbach, *Der Wucher in den Dörfern*, 155.



ten Vortheil zieht . . . Treffen nun Unglücksfälle in der Familie, Mißernten usw. ein, dann ist für den Geldverleiher der geeignete Zeitpunkt gekommen, um sein Opfer abzuschlachten. Er, der sonst unbeschränkten Kredit gewährte, erklärt nun auf einmal, daß er sein Geld nöthig habe. Der Schuldner wird bestürmt, er solle Geld beschaffen. Dieser kann es aber nicht. Darum geht der Geldverleiher gerichtlich vor und läßt seinen Schuldner pfänden, ihm schließlich Hab und Gut versteigern. Wenn es soweit gekommen ist, kann niemand mehr dem Bauer Geld vorschießen, weil der Bauer schon zu sehr mit Schulden überhäuft ist, oder falls die Prüfung seiner Lage noch nicht ein ganz ungünstiges Resultat erweist, der Prüfende befürchten muß, doch noch nicht die volle Wahrheit erfahren zu haben. Darum endigt die Geschäftsverbindung des Bauern mit dem Geldverleiher in der Regel mit dem Ruin der früher wohlhabenden Familie.«<sup>13</sup> Weiterhin gilt die enge Verflechtung von Kreditwesen und Viehhandel zu bedenken. Stand ein Bauer bei einem Händler einmal in der Kreide, sah er sich gezwungen, sein Vieh von diesem Händler weiter zu beziehen, und zwar meist zu einem überzogenen Preis, der dann wieder zu einem Wucherzinssatz gestundet wurde. Eine besondere Variante des Viehwuchers stellte das Viehverleihen auf halbe Zucht dar. Das besagt, daß der Händler dem Bauern eine Kuh zur Aufzucht überließ. Die Jungtiere wurden dann verkauft. Den erwirtschafteten Gewinn teilten beide Geschäftspartner untereinander auf, nachdem der Händler den Wert der verliehenen Kuh abgezogen hatte.

Kam überhaupt ein Viehprozeß zustande, zog der Bauer fast ausnahmslos den kürzeren. Im Unterschied zum Händler fehlten ihm nötige Gewandtheit, Cleverness und Kenntnis der Gesetzesparagrafen, dem Gericht seinen Standpunkt plausibel und überzeugend vorzutragen, zumal er sich meist außerstande sah, den Beweis für seine Aussagen anzutreten, weil nur selten Kontrakte schriftlich geschlossen oder Zeugen zugezogen worden waren; überdies besaß er kein Geld, um sich unter Umständen durch einen Rechtsanwalt vertreten zu lassen. Hilflos auf sich allein gestellt, scheiterte er am komplizierten, formaljuristischen Verfahren.

Die mißbräuchlichen Praktiken waren überhaupt möglich, weil bis zur Einführung des Reichsstrafgesetzbuches am 15. Mai 1871 keinerlei Strafsanktionen gegen Wucher existierten. Die diesbezügliche Strafgesetzgebung blieb weiterhin noch recht vorläufig und unvollständig. Erst das Gesetz vom 19. Juni 1893 stellte den Individualwucher im Sinn der Ausbeutung eines sich in wirtschaftlicher Notlage befindlichen Klientel unter

---

<sup>13</sup> *Georg Friedrich Dasbach*, *Der Wucher in den Dörfern*, 151–153.

Strafe. *Georg Friedrich Dasbach* kommt bei diesen Ergänzungen der Strafbestimmungen gegen Wucher im Reichsgesetzbuch ein wesentliches Verdienst zu. Als Präsident des Trierischen Bauernvereins und in seiner Eigenschaft als Abgeordneter des Preussischen Landtags hatte er dem Reichstag einen entsprechenden und eingehend begründeten Ergänzungsantrag zugeleitet. Darüber hinaus unterbreitete er ihm gleichzeitig detaillierte Vorschläge zur gesetzlichen Regelung des Handels mit Vieh, mit landwirtschaftlich nutzbaren Grundstücken sowie den gewerbemäßigen Betrieb von Geld- und Kreditgeschäften<sup>14</sup>.

Da die modifizierten strafrechtlichen Verordnungen vom 24. Mai 1880 zum Schutz des Bauernstandes gegen Wucher sich ebenfalls als unzureichend erwiesen hatten, forderte er bereits 1887, die Bestimmungen über die Leihverträge durch folgende zu ergänzen: »1. Wer Versteigerungsprotokolle kauft, darf als Rabatt nicht mehr als 7 Prozent von derjenigen Summe verlangen, welche sich aus der Addition der Summen des Steigpreises und des Aufgeldes ergibt. 2. Wer den Vorschriften des Gesetzes, das die hier gemachten Vorschläge über Viehverträge und Versteigerungszessionen vorschreibt, zuwider handelt, wird mit Gefängniß von wenigstens 2 Monaten und mit Geldbuße nicht unter 1000 Mark bestraft.«<sup>15</sup> Infolge der Ausdehnung sämtlicher Wucherformen, die die damalige Notlage und den ständigen Rückgang der Landwirtschaft im Deutschen Reich verursachte, wofür die Bauern nur zum geringen Teil haftbar zu machen waren, schlug *Georg Friedrich Dasbach* außerdem vor, um diesen Gefahren wirksam zu begegnen und dem bedrängten Bauernstand tatkräftig zu helfen:

- »1. Es muß angeordnet werden, daß über jedes Viehgeschäft, über Kauf und auch über Verleihung, ein schriftlicher Vertrag gemacht werde,
2. Der Geschäftsbetrieb der Handelsleute muß unter die Kontrolle der Gerichte gestellt werden,

---

<sup>14</sup> Lange vor *Georg Friedrich Dasbach* hatten sich einige namhafte Persönlichkeiten dafür eingesetzt, den Bauern und kleinen Handwerkern, deren wirtschaftliche Situation ähnlich war, zu helfen, und zwar auf genossenschaftlicher Basis. Hier sind vor allem zu erwähnen *Friedrich Wilhelm Raiffeisen* und *Hermann Schulze-Delitzsch*. Ihre Einrichtungen verfolgten wesentlich den Zweck, Wucher zu bekämpfen und den Zwischenhandel auszuschalten durch Beschaffen der notwendigen Kredite und Waren zu wirtschaftlich vernünftigen Bedingungen. Siehe dazu: *Hubert Thoma*, *Georg Friedrich Dasbach, 188–191*; bzgl. Dasbachs publizistischer Ansätze zur sozialen Hebung des Handwerkerstandes, die sich bis in die 70er Jahre zurückverfolgen lassen: *Ulrich Fohrmann*, *Trierer Kulturkampfpublizistik*, 201.

<sup>15</sup> *Georg Friedrich Dasbach*, *Der Wucher in den Dörfern*, 187.

3. Es müssen die bestehenden Strafbestimmungen gegen den Wucher verschärft und ausgedehnt werden, 4. Als wechselfähig dürfen nur diejenigen (Kaufleute, Grundbesitzer usw.) betrachtet werden, welche ihre Firma in das Handelsregister haben eintragen lassen.«<sup>16</sup>

*Georg Friedrich Dasbach* beließ es nicht bei diesen konstruktiven Vorschlägen und Appellen an die königliche Staatsregierung, alle Mittel zu ergreifen, um die schweren Lasten zu lindern, unter denen der Bauernstand zu leben hatte. Zudem waren sie vorerst noch nicht in konkretes Recht umgemünzt. Verstärkt bemühte er sich selbst im Rahmen seiner Möglichkeiten um wirksame Hilfe für die bedrängten Bauern<sup>17</sup>. Wiederholt hatte er wenige Jahre später während seines Mandats als Abgeordneter im Reichstag zur Agrarfrage und zur Situation der ländlichen Bevölkerung Stellung bezogen.

## 2. Trierischer Bauernverein

Ein wirksames Instrument im Kampf gegen wirtschaftliche Ausbeutung und die ständig anwachsende Verelendung des Landvolkes stellte der von *Georg Friedrich Dasbach* im Jahre 1884 gegründete Trierische Bauernverein dar<sup>18</sup>. Damals drohte, durch eine Mißernte bedingt, in der Eifel und im Hochwald eine Hungersnot auszubrechen. In einem von ihm geschaffe-

<sup>16</sup> Ebenda, 183. Drei Jahre später monierte *Georg Friedrich Dasbach*, daß Amtsgerichte des öfteren »ihre amtlichen Bekanntmachungen über Zwangsversteigerungen oder über die Eintragungen in das Handelsregister nicht in diejenigen Blätter einrücken lassen, durch welche der Zweck der Anzeige am besten erreicht werden kann« (Sten. Berichte, II, 17. April 1890, 1111). Wie er also an den Staat appellierte, durch seine Gesetzgebung die Wuchermißstände abzustellen, so erklärte einige Jahre zuvor der Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt *Carl Bachem* auf dem Katholikentag von 1883, an dem auch er teilnahm: »Seine (des Staates) Gesetzgebung muß den wirtschaftlich Schwachen gegen Vergewaltigung und wucherische Ausbeutung durch den Stärkeren schützen; sie muß das Recht des Schwächeren von dem guten Willen des Starken unabhängig, muß es erzwingbar machen, muß den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen der Gesetzgebung die staatlichen Organisationen und die Verteilung der öffentlichen Lasten anpassen« (*Carl Bachem*, in: Verhandlungen der 30. General-Versammlung der Katholiken Deutschlands zu Düsseldorf, Düsseldorf 1883, 142).

<sup>17</sup> Schon für den Zeitraum von 1877 bis 1883 läßt sich belegen, daß *Georg Friedrich Dasbach* in seinen Blättern sozialpolitische Publikationen erscheinen ließ mit der Absicht, die lange Zeit als »Stiefkind der öffentlichen Meinung und der Sozialpolitik« behandelte Bauernfrage ins öffentliche Bewußtsein zu rücken. Über die dabei von ihm zugrundegelegten fünf publizistischen Methoden informiert: *Ulrich Fohrmann*, Trierer Kulturkampfpublizistik, 193 f.

<sup>18</sup> Dazu siehe: *Raimund Faust*, Die wirtschaftlichen Kämpfe des deutschen Bauernstandes; *E. Spengler*, Entwicklung und Bedeutung des Trierischen Bauernvereins (Wirtschaftswissenschaftliche Diss.), Greifswald 1930; *Hubert Thoma*, *Georg Friedrich Dasbach*, 193–216; *Ulrich Fohrmann*, Trierer Kulturkampfpublizistik, 192–201.

nen Hilfskomitee ließ er auf die Not der Eifelbevölkerung aufmerksam machen. 16 000 Menschen waren damals ohne Brot, Kartoffeln und ohne ausreichende Kleidung. Suppenküchen wurden eingerichtet und als Notstandsarbeit Wege angelegt für einen Tagelohn von einer bis 1,20 Mark. Der Aufruf des Komitees zu Geld- und Sachspenden hatte eine beachtenswerte Resonanz. Sogar von Übersee schickte man Geld für die hungernde Eifelbevölkerung. Gesammelt wurden die Spenden in den Räumen der Paulinus-Druckerei und von dort verteilt<sup>19</sup>. Angesichts dieser Notlage entschloß sich *Georg Friedrich Dasbach*, den vorerwähnten Verein zu gründen.

Zweifelsohne von seinem Landsmann *Friedrich Wilhelm Raiffeisen*, mit dem er über Jahre hindurch eifrig korrespondierte und von dessen landwirtschaftlicher Genossenschaft, in deren Aufgabenbereich und Zielsetzung er während seiner Semesterferien als Student eingeführt worden war, nachhaltig beeinflusst<sup>20</sup>, brachte er für die Gründung eines Bauernvereins beste Voraussetzungen und das nötige Erfahrungswissen mit.

Auf einer Versammlung von Interessierten am 10. Februar 1884, in der man darüber beriet, ob die Bauern des Trierer Regierungsbezirks sich dem bereits bestehenden »Rheinischen Bauernverein« inkorporieren oder einen unabhängigen Verein gründen sollten, setzte sich *Georg Friedrich Dasbach* dafür ein, nach dem Vorbild des 1862 von Freiherrn *Schorlemer-Alst* geschaffenen »Westfälischen Bauernvereins« einen eigenständigen »Trierischen Bauernverein« zu etablieren. Seine Argumente wurden akzeptiert und sein Statutenentwurf auf der vorbereitenden Sitzung Anfang März 1884 in Trier angenommen. Definitiv wurde auf der Sitzung vom 6. April 1884 in Trier die Gründung des »Trierischen Bauernvereins« einstimmig beschlossen sowie der interimistische Vorstand gewählt. Präsident wurde der Preußische Landtagsabgeordnete *Johann Peter Limbourg*, 1. Stellvertreter *Matthias Deutsch* und 2. Stellvertreter Pfarrer *Matthias Stolzenberger*, *Georg Friedrich Dasbach* Schriftführer und Kassierer.

Berücksichtigt man also seine Rolle bei der Gründung, so erstaunt, warum man nicht ihn zum Präsidenten gewählt hat. Um dies zu begreifen, muß man sich die kirchenpolitische Situation von damals vergegenwärti-

<sup>19</sup> *Ulrich Fohrmann*, Trierer Kulturkampfpublizistik, 190f.

<sup>20</sup> Auch die Teilnahme *Georg Friedrich Dasbachs* an den Katholikentagen von 1879 in Aachen und 1883 in Düsseldorf, auf denen über die bisherigen Organisationsbestrebungen der Landbevölkerung in Bauernvereinen auf christlicher Grundlage berichtet wurde, dürfte ihn hierzu inspiriert haben. Die Empfehlung zur Bildung derartiger Zusammenschlüsse veranlaßte zahlreiche Geistliche, in überwiegend katholischen Gegenden des Deutschen Reiches bäuerliche Vereins- und Genossenschaften ins Leben zu rufen.

gen. Er galt den preußischen Behörden als politisch unzuverlässig, seine Tätigkeit wurde mit Argwohn verfolgt, hatte er doch in zahlreichen Aktionen seine weltanschauliche Position und seinen politischen Standort im Kontext des Kulturkampfes unmißverständlich dokumentiert. Es war deshalb zu befürchten, daß der junge Verein unter seiner Leitung auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen würde. Aus diesem Grund hielt er sich mit der Aufgabe des Kassierers und Schriftführers vorerst im Hintergrund, wenngleich er die treibende Kraft und führende Persönlichkeit des Vereins war und es bis zum Lebensende blieb. Erst nach dem Tod *Johann Peter Limbourgs* 1891 übernahm er das Amt des Präsidenten. Wie wenig diese Tarnung freilich nutzte, belegt etwa ein Bericht des Trierer Regierungspräsidenten an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz in Koblenz vom 2. März 1885, in dem er ihn über die Vorstandsmitglieder des »Trierischen Bauernvereins« informiert: »Der Vorstand besteht aus dem bekannten Drucker, Verleger, Zeitungsherausgeber und Kaplan F. Dasbach, welcher zwar nominell als Schriftführer und Kassierer des Vereins fungiert, in Wirklichkeit aber dessen einziger Gründer und Leiter ist.«<sup>21</sup> Bereits vor der konstituierenden Versammlung des »Trierischen Bauernvereins« beschäftigten sich die preußischen Behörden mit diesem Projekt. In einem vertraulichen Zirkular vom 31. März 1884 stellte der Regierungspräsident den Landräten anheim, wie sie entsprechend der Anordnungen des Vereinsgesetzes verfahren, ob sie z. B. die Veranstaltungen zu observieren beabsichtigten. Jedenfalls sollten zunächst entsprechende Erfahrungen gesammelt werden. Denn es bestanden erhebliche Bedenken gegen den Verein, und zwar wegen seiner Sonderstellung gegenüber dem »Rheinischen Bauernverein« und wegen der Tatsache, daß die Initiative zur Gründung von einigen Geistlichen ausging und daß politische, religiöse sowie Wahlangelegenheiten in die Vereinszwecke aufgenommen werden sollten: »Beide Umstände in Verbindung mit der scharf ausgeprägten politischen Haltung der intellektuellen Urheber und Leiter des Vereins lassen allerdings die Vermutung als nicht ausgeschlossen erscheinen, daß der Verein nicht lediglich die Vertretung der sozialen und wirtschaftlichen Sonderinteressen des Bauernstandes, sondern mindestens in gleichem Maße auch politische Zwecke in Opposition zu der Staatsregierung erstreben möchte.«<sup>22</sup> Der Regierungspräsident empfiehlt weiterhin den Landräten, als Pendant zum »Trierischen Bauernverein« die Tätigkeit des Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen zu intensivieren und

---

<sup>21</sup> Zitiert bei *Hubert Thoma*, Georg Friedrich Dasbach, 194.

<sup>22</sup> Zitiert: ebenda, 198.

häufiger Versammlungen der einzelnen Lokalabteilungen abzuhalten, deren Vorsitzende in der Regel die Landräte selbst waren.

Neben den staatlichen Instanzen setzte sich verständlicherweise auch die Trierer Presse mit der Gründung auseinander, namentlich jedoch mit der Person *Georg Friedrich Dasbachs*. Wie scharf man dagegen agitierte, macht die Attacke der »Trierischen Zeitung«<sup>23</sup> deutlich. Danach genüge allein sein Name, um gegenüber dem Verein eine mißtrauische und reservierte Haltung einzunehmen. Denn jener habe »seit vielen Jahren in fanatischer Weise eine extreme politische und kirchliche Parteirichtung mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln« verfochten. Er sehe sich außerstande, »seine Parteihaut abzustreifen und in selbstloser Weise ganz unpolitischen Zielen nachzustreben«. Für den Kenner der ländlichen Szene sei es offensichtlich, daß außer der Hebung des Bauernstandes »die Propaganda für den Ultramontanismus die zwar nicht ausgesprochene, aber um so sicherer vorhandene Tendenz des Vereins« impliziere<sup>24</sup>. Im übrigen suche der »Trierische Bauernverein« die »Erlösung des Bauern aus den Händen der Wucherer und die geplante Viehbeschaffung« mit unzulänglichen Mitteln zu erreichen.

Nach den Statuten, die auf der ersten Generalversammlung am 14. April 1884 – auf ihr waren ungefähr 400 Personen anwesend und sie stand unter dem Programm »Darlegung der Zwecke und der Organisation des Vereins«, zudem »Fragen der Viehversicherung und der Beschaffung von Vieh für unbemittelte Bauern« – approbiert wurden<sup>25</sup>, verfolgte der Verein vorrangig das Ziel, seine Mitglieder in wirtschaftlicher, insbesondere aber in geistiger und sittlicher Hinsicht zu fördern, darüber hinaus die Interessen der bäuerlichen Besitzer des Vereinsbezirks zu wahren und auf die Erhaltung eines kräftigen Bauernstandes hinzuwirken. In einem einstimmig gebilligten Zusatzantrag zu § 3 der Statuten verpflichteten sich die Mitglieder, in ihren Familien in Kleidung und Hauseinrichtung dafür zu sorgen, daß die alte bäuerliche Einfachheit wieder hergestellt und beachtet

<sup>23</sup> TZ, Nr. 164, 13. Juni 1884. Beachte *Georg Friedrich Dasbachs* Entgegnung auf diesen Artikel: »Trierischer Bauernfreund« Nr. 6, in: PB, 22. Juni 1884.

<sup>24</sup> Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß *Georg Friedrich Dasbach* neben der primären Zielsetzung des Vereins, bedrängten Bauern wirksam zu helfen, darauf bedacht war, den hierdurch gewonnenen Einfluß auf die Landbevölkerung im Sinn seiner politischen und weltanschaulichen Grundanschauungen zu nutzen. Dies war legitim, und in ähnlicher Weise agitierten ebenfalls die führenden Persönlichkeiten von ländlichen Konkurrenzunternehmen.

<sup>25</sup> Die Statuten des »Trierischen Bauernvereins« umfassen zwölf Paragraphen. Ihrem Aktionsprogramm nach waren sie teilweise abgestimmt mit den Satzungen des »Rheinischen Bauernvereins«. Einzelheiten, Zusammenhänge und Hintergründe bei: *Raimund Faust*, Die wirtschaftlichen Kämpfe des deutschen Bauernstandes.

wird. Gleich in dieser Versammlung beschloß man, mehrere Petitionen an den Preußischen Landtag weiterzuleiten, in denen reklamiert wurde, den Ersatz für Wildschaden zu verbessern und die Schutzzölle für Getreide zu erhöhen<sup>26</sup>. Die Vereinsdevise lautete, wie *Georg Friedrich Dasbach* als Hauptredner auf der ersten allgemeinen Zusammenkunft erklärte: »Einer für Alle, Alle für Jeden«<sup>27</sup>. Mittels Gründung von Ortsverbänden in möglichst vielen Ortschaften des Trierer Regierungsbezirks intendierte man die Ausdehnung des Vereins<sup>28</sup>.

Im Zeitraum von 1884 bis 1889 steigerte sich die Zahl der Ortsgruppen des Vereins von 118 bei 2145 Mitgliedern auf 479 bei 11275 Mitgliedern aufgrund des von *Georg Friedrich Dasbach* ausgearbeiteten Organisationsplans. Aus dem Anstieg der Mitgliederzahlen resultierten die vermehrten Prozesse, die der Verein laut Satzung für seine Angehörigen bei Wucher- und Viehhandelsangelegenheiten kostenlos übernahm. Die gerichtlichen Verhandlungen wurden geführt vom Prozeßbüro, das er bis zum Jahresende 1889 zusammen mit dem Büro des »Trierischen Bauernvereins« und seiner späteren Tochtergründungen im Gebäude der Paulinus-Druckerei untergebracht hatte. Die Verlegung der Geschäftsräume der Bauernorganisation fand am 30. Dezember 1889 in die Trierer Südallee statt. Ein vereinseigenes Informationsbüro, auf dem Hilfesuchende ihre Anliegen und Sorgen schriftlich oder mündlich artikulieren konnten, erteilte unentgeltlich Auskunft, arrangierte Rechtshilfe, verfaßte für die nicht schreibgewandten Mitglieder Gesuche, Eingaben, Beschwerden, Anträge beispielsweise auf Ersatz für Wildschaden u. a. m. und gewährte

<sup>26</sup> Noch im Januar 1903 hat sich *Georg Friedrich Dasbach* in einer Rede auf der Zentrumsversammlung in Bochum u. a. zum Schutzzoll für Getreide geäußert und für wettbewerbsbegünstigende Konditionen plädiert, damit die deutsche Landwirtschaft leistungs- und konkurrenzfähig sei (*Georg Friedrich Dasbach*, *Der Zoll-Tarif*, Trier 1903).

<sup>27</sup> TZ, Nr. 106, 15. April 1884.

<sup>28</sup> *Georg Friedrich Dasbach* betrieb in seiner Presse eine intensive Propagandakampagne für den Bauernverein, was die Zeitungskonkurrenz des Trierer Raumes maßlos erboste. Die erste Vollversammlung hatte finanzielle Gründe, deswegen wurde bei der Erörterung eines Vereinsblattes davon vorerst Abstand genommen. Die Vereinsmitteilungen sollten in der Zwischenzeit im damals sehr populären »Paulinus« erscheinen. Damit war jedes Mitglied, das bislang dieses Blatt nicht bezog, gezwungen, den »Paulinus« zu abonnieren, wollte er direkt über das Vereinsleben informiert werden. Mit Nr. 16 des »Paulinus« (20. April 1884) erschien regelmäßig eine Beilage »Trierischer Bauernfreund«, der Nachrichten, Informationen sachlicher Art und aufklärende Aufsätze für den Landwirt enthielt; außerdem berichtete die »Trierische Landeszeitung« ausführlich über den »Trierischen Bauernverein«. Ab 1892 erschien monatlich ein gesondertes Vereinsorgan, der »Trierische Bauer«, der im Todesjahr von *Georg Friedrich Dasbach* eine Gesamtauflage von 24 000 zählte. Dazu gab es seit 1887 den jährlich erscheinenden »Trierischen Bauernkalender«, dessen Auflage von 2 000 Exemplaren bis 1907 auf 10 500 anstieg.

jede nur mögliche Unterstützung. Statistisch ist nachweisbar, daß bis 1889 dieser kostenlose Dienst in 10561 Fällen in Anspruch genommen wurde. Auf Wunsch schloß auch der »Trierische Bauernverein« für seine Mitglieder Versicherungen ab.

Einmal im Jahr fanden Vollversammlungen statt, Lokalversammlungen je nach Bedarf. In den Versammlungen war es statutengemäß nicht gestattet, politische und religiöse Fragen zu behandeln, was sich allerdings nicht in jedem Fall vermeiden ließ. Hier bot sich den staatlichen Aufsichtsbehörden ein willkommener Anlaß zum Eingreifen. *Georg Friedrich Dasbach* selbst war viel daran gelegen, jede unnötige Konfrontation zu vermeiden und die Behörden nicht leichtfertig zu provozieren, um ungehindert die Aufgaben des Vereins wahrzunehmen. Trotz empfindlicher Repressionen von seiten staatlicher Stellen<sup>29</sup> sowie innerer und äußerer Schwierigkeiten entwickelte sich der von ihm gegründete »Trierische Bauernverein« kontinuierlich. Freilich gab es zermürbenden Kleinkrieg, waren Rückschläge zu verzeichnen und häuften sich im Lauf der Jahre zwangsläufig die Probleme mit dem forcierten Ausbau, der Vornahme weiterer Neugründungen und der Bildung anderer Organisationsformen, die zusätzlich als flankierende Maßnahmen den Angelegenheiten der Landbevölkerung dienen sollten. Zu diesen ergänzenden Einrichtungen<sup>30</sup> gehörten namentlich, um nur die wichtigeren zu erwähnen, neben dem Viehversicherungsverband die Landwirtschaftliche Bank als Kreditinstitut für die verschiedenen Organisationen des »Trierischen Bauernvereins«. Denn um schlagkräftig gegen Wucherpraktiken angehen zu können, war Geld notwendig. Deshalb gründete *Georg Friedrich Dasbach* am 16. Februar 1885 die Landwirtschaftliche Bank zusammen mit einigen Gutsbesitzern und Kaufleuten in der Form einer Aktiengesellschaft. Nach Auskunft der Satzungen hatte sie die Aufgabe, den Bauern des Trierer Landes Unterstützung zu gewähren, was geschehen sollte durch Viehverleih, Übernahme von Versteigerungsprotokollen, Gewährung von Darlehen, An- und Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen bzw. Saatgut, Kunstdünger usw. Als ein Jahrzehnt später die Landwirtschaftliche Bank ihre Geschäftsbeziehungen zum »Trierischen Bauernverein« löste, entschloß sich *Georg Friedrich Dasbach* zur Gründung von landwirtschaftlichen Spar- und Darlehnskassen nach dem Vorbild von *Friedrich Wilhelm Raiffeisen*. Sie werden am 4. Dezember 1895 zum Trierischen Genossenschaftsver-

<sup>29</sup> Belege bei *Hubert Thoma*, *Georg Friedrich Dasbach*, 202–207.

<sup>30</sup> Darauf finden sich jeweils eingehende Hinweise bei: *Raimund Faust*, *Die wirtschaftlichen Kämpfe des deutschen Bauernstandes*; *E. Spengler*, *Entwicklung und Bedeutung des Trierischen Bauernvereins*.



band zusammengeschlossen, der als Zentralkasse der Einzelgenossenschaften fungierte. Darüber hinaus vereinigten sich im Dezember desselben Jahres die ersten dreizehn Dasbach-Kassen zu einem eigenen Trierischen Revisionsverband als gesetzlicher Prüfungsverband, dessen Zustandekommen *Georg Friedrich Dasbach* eifrig betrieb und dessen Vorsitzender er bis zu seinem Tod blieb. Ihm gehörte u. a. seit 1897 auch der Trierische Winzer-Verein AG an.

Unbeschadet seines Doppelmandats als Landtags- und Reichstagsabgeordneter behielt er seit dem Tod *Johann Peter Limbourgs*, des ersten Vereinspräsidenten, Leitung und Aufsicht des »Trierischen Bauernvereins«. Nach Möglichkeit nahm er an den Generalversammlungen der einzelnen Vereine teil. Seine Organisationen vertrat er auf internationalen und überregionalen Tagungen, auf denen aktuelle Fragen des Landwirtschafts- und Genossenschaftswesens verhandelt wurden. Faßt man landwirtschaftliche Sozialpolitik und seine engagierte Reformunternehmen zur Besserung der Situation der ländlichen Bevölkerung zusammen, so läßt sich mit *Hubert Thoma* festhalten: »Dasbach hatte diese großangelegte Hilfsorganisation für den Bauern und Winzer des Trierer Landes aufgebaut und geleitet trotz des heftigen Widerstandes seiner politischen Gegner, aber auch teilweise seiner Freunde. Alle Voraussagen, Dasbachs Werk sei nicht lebensfähig, hatten sich als falsch erwiesen, von wem auch immer sie gestellt worden waren. Und wer dieses Werk Dasbachs im Bereich der Sozialpolitik für den Bauern und Winzer des Trierer Landes überblickt und recht zu würdigen weiß, der wird auch die Berechtigung des Ehrentitels auf der Plakette am Dasbach-Haus in der Glockenstraße zu Trier anerkennen: ›Dem großen Helfer des Trierer Landvolks.«<sup>31</sup>

## II. BERGARBEITERFRAGE

### 1. Bergarbeiterstreik von 1889 im Ruhr- und Saarrevier

Mit der Entwicklung zum industriellen Großbetrieb in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts begann die völlige Proletarisierung der entwurzelten Massen. Mit ihr trat die neue Klasse der abhängigen Lohnarbeitergesellschaft in Erscheinung, die aufgrund ihrer wachsenden ökonomischen Bedeutung langsam vom Rand der Gesellschaft in den Mittelpunkt des gesellschaftlich-politischen Strebens rückte. Da eine entsprechende Arbeiterschutzgesetzgebung anfangs fast gänzlich fehlte, war das Schicksal dieser Klasse weithin durch Existenzunsicherheit, wirtschaftli-

<sup>31</sup> *Hubert Thoma*, *Georg Friedrich Dasbach*, 243.

che Abhängigkeit gegenüber dem bürgerlich-kapitalistischen System, politische Unmündigkeit und gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit als vierter Stand gekennzeichnet. Aus dieser vielschichtigen, problemgeladenen gesellschaftlichen Situation sowie aus der ständig anwachsenden Polarisierung zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer – ideale Voraussetzungen für systemgefährdende, revolutionäre und subversive Propaganda – entwickelte sich der Kampf um die Emanzipation der Arbeiterklasse, die infolge des erstarkten Selbstbewußtseins ihre berechtigten Anliegen gegenüber Staat und Gesellschaft immer unmißverständlicher artikulierte. Es war dann auch maßgeblich die Furcht vor der zunehmenden Radikalisierung der Massen, die den Staat bewog, eine eigene Sozialpolitik in Angriff zu nehmen, um auf diese Weise einem potentiellen Umsturz entgegenzuwirken. Der Anfang wurde gemacht mit der Einführung 1883 der Arbeiterkrankenversicherung, 1884 der Unfallversicherung, 1889 der Alters- und Invalidenversicherung. Trotz der unbestritten großen Bedeutung der *Bismarckschen* Sozialgesetzgebung erfüllte sie ihren politischen Zweck nicht. Im Gegenteil. Der Gegensatz zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse aufgrund der krassen gesellschaftlichen und politischen Ungleichheit – man denke beispielsweise an das Dreiklassenwahlrecht in Preußen – verschärfte sich zusehends. Die Arbeiter erwarteten adäquate Hilfe allein von einer Klassenpartei. Auch der weitere Ausbau der Sozialgesetzgebung mit dem Regierungsantritt *Wilhelms II.*, der, von anderen sozialpolitischen Auffassungen als *Otto von Bismarck* bestimmt, für den Staat und damit für seine Person die Funktion eines vermittelnden Schlichters zwischen den antagonistischen Parteien beanspruchte. Die unterschiedliche Konzeption von Kaiser und Kanzler manifestierte sich deutlich bei der großen Streikbewegung der Bergarbeiter des Ruhrgebiets im Mai 1889. Nur mühsam ließ sich diese Diskrepanz im Verlauf des Streikes überbrücken<sup>32</sup>.

Der Streik von 1889 in den Bergbaugebieten Westfalens war veranlaßt worden durch die damals florierende Wirtschaftslage des Ruhrbergbaus, mit der die Entwicklung der Arbeitsbedingungen nicht korrespondierte. Getragen wurde die Bewegung zunächst von katholischen und christlich-sozialen Bergarbeiterführern, sozialdemokratisch gesinnte Bergarbeiter exponierten sich dabei kaum. Es war zu keiner Zeit eine sozialdemokrati-

---

<sup>32</sup> Dazu siehe: *P. Grebe*, Bismarcks Sturz und der Bergarbeiterstreik vom Mai 1889, in: HZ 157 (1938) 84 ff.; *Hans Georg Kirchhoff*, Die staatliche Sozialpolitik im Ruhrbergbau 1871–1914, Köln, Opladen 1958. Ein Resümee bei: *Ernst Rudolf Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, IV (Struktur und Krisen des Kaiserreichs), Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1969, 1209–1215.

sche Aktion. Anfang April 1889 stellten die Bergarbeiter einen Katalog ihrer Forderungen zusammen. Sie reklamierten eine Lohnerhöhung um 15%, die Einbeziehung der Ein- und Ausfahrt in die achtstündige Arbeitszeit und die Abschaffung der Überstunden. Die Zechendirektionen verweigerten aber jegliche Verhandlung. Daraufhin brach am 3. Mai der Streik aus, der sich rasch über das ganze Ruhrgebiet ausdehnte und als der erste Massenstreik in die deutsche Sozialgeschichte einging. Fast die gesamte Ruhrzechenbelegschaft, über 90 000 Bergarbeiter, befand sich im Ausstand. Von Beginn an erkannten die staatlichen Behörden das Recht der Arbeiter zum Streik an, andererseits bekundeten sie unüberhörbar ihre Pflicht, Streikausschreitungen zu unterbinden. Als es zu gewaltsamen Unruhen kam, griffen die Behörden ein, indem sie Polizei und Militär in die aufständigen Gebiete verlegten.

Die im Ruhrrevier ausgebrochene Streikbewegung griff auf den Saarbergbau über, wo infolge der unzulänglichen sozialpolitischen Lage der Bergarbeiter sich ab Mitte der achtziger Jahre Unzufriedenheit bemerkbar machte<sup>33</sup>. Mitte Mai 1889 versammelten sich in Bildstock unter Führung des Bergmanns *Nikolaus Warken* fast dreitausend Bergarbeiter, die der königlichen Bergwerksdirektion eine Petition mit Forderungen zur Verbesserung der sozialen und arbeitsrechtlichen Zustände unterbreiteten. Da die Bergwerksleitung nicht auf alle Wünsche einging, kam es ebenfalls an der Saar zu einer Streikbewegung. *Georg Friedrich Dasbach*, seit Jahren für die Beseitigung der sozialen Mißstände, unter denen die Bergleute im Saarrevier zu leiden hatten, tätig, dabei wirkungsvoll durch seine

<sup>33</sup> Über die Situation der Bergleute an der Saar im vorliegenden Zeitabschnitt: *Julius Kollmann*, Die Großindustrie des Saargebietes, Stuttgart 1911; *K. A. Gabel*, Kämpfe und Werden der Hüttenarbeiterorganisationen im Saargebiet, Phil. Diss. Marburg 1921; *F. E. Heitjan*, Die Saar-Zeitung und die Entwicklung des politischen Katholizismus an der Saar von 1872–1888, Phil. Diss. Saarlouis 1931; *J. Bellot*, Hundert Jahre politisches Leben an der Saar unter preußischer Herrschaft (1815–1918), Bonn 1954. Der größte Teil des heutigen Saarlandes unterstand dem Regierungsbezirk Trier.

Unterschiedlicher Lohn, willkürliche Feierschichten, ungerechte Zuteilung der Gedinge, die die Grundlage für die Bezahlung abgab, Korruption und Willkür der subalternen Bergbeamten, der Umstand, daß Ein- und Ausfahrt nicht in die Berechnung der Arbeitszeit einbezogen waren, endlich patriarchalische Gängelei der Arbeiter verursachten bei den Beschäftigten im Saarbergbau eine gespannte Atmosphäre. Der am 9. Mai 1887 in Saarbrücken konstituierte »Sozialpolitische Verein für den Industriebezirk Saarbrücken« hatte sich u. a. zur Aufgabe gemacht, Material über die mißliche sozialpolitische Lage der Berg- und Fabrikarbeiter im Saargebiet zusammenzustellen, um es an den katholischen Priester und Sozialpolitiker *Franz Hitze* zur Verwendung in seiner Zeitschrift »Arbeiterwohl« weiterzuleiten. Für diesen Verein warb auch *Georg Friedrich Dasbach*, der dafür z. B. auf einer Wahlveranstaltung zur Reichstagswahl von 1887 engagiert Propaganda gemacht hatte. Trotz der kritikwürdigen Zustände war es bislang in der Saarindustrie noch nicht zu nennenswerten Arbeitseinstellungen und Streiks gekommen.

Presse und die katholische Geistlichkeit unterstützt<sup>34</sup>, bemühte sich, hier vermittelnd einzugreifen. In einer Rede am 9. Juli 1889 auf einer Versammlung in Bildstock, in der er die Bergarbeiter vom Streikvorhaben zunächst abbringen konnte, beschwor er sie: »Streikt einstweilen nicht, fahrt an, auch wenn Eure zwei Kameraden einstweilen noch nicht beschäftigt werden. Verfolgt die Sache Eurer Kameraden auf dem Weg der Beschwerde. Dabei könnt Ihr ja bis zu unserem Kaiser gehen, der für jeden seiner Untertanen ein offenes Ohr hat.« Und weiter: »Haltet Euch vor allem in den Schranken des Gesetzes! Wer das Gesetz verletzt, der schadet sich selbst.«<sup>35</sup>

Scharfkantig reagierte die liberale »Saarbrücker Zeitung« auf sein Interventionsbemühen. Sie warf ihm vor, sich unbefugt in diese Angelegenheit eingemischt zu haben: »Was in aller Welt wird man fragen, veranlaßt dann den Zentrumsmann, in dem Bergmannsstreik eine Rolle zu spielen, in seinen Blättern die Leute zu hetzen und aufzuregen und nun in öffentlicher

---

<sup>34</sup> Mit der 1884 von *Georg Friedrich Dasbach* in Saarbrücken gegründeten »St. Johanner-Volkszeitung« erwuchs parteipolitisch betrachtet dem bisher eindeutig liberal gelenkten sozio-ökonomischen Gefüge an der Saar, dessen Vorherrschaft weder die katholische »Saar-Zeitung« in Saarlouis noch eine Formation des Saarbrücker Zentrums zu brechen vermochte, eine ernstzunehmende Konkurrentin. Diese Gründung schuf für die Zentrumsparität günstige Voraussetzungen, die Saarbevölkerung politisch nachhaltiger und gelenkter zu beeinflussen. Er und seine priesterlichen Freunde setzten sich bei den politischen Richtungskämpfen für die berechtigten sozial-politischen Forderungen der in den fiskalischen Gruben beschäftigten Bergarbeiter nachdrücklich ein. Exemplarisch sei hier verwiesen auf die zuerst 1881 anonym erschienene Erzählung »Der Sang von Lao Fumtse« – sie stammt vom katholischen Pfarrer *Hermann Laven* aus Sulzbach –, die nach dem Untertitel angeblich ein unverfängliches »chinesisches Gedicht aus den Steinkohlebergwerken der Provinz Schansi« darstellt. Tatsächlich wurde sie bald als recht durchsichtige Satire enttarnt, die die Zustände auf den Saargruben anprangerte. Aus Anlaß der Reichstagswahlen von 1887 brachte *Georg Friedrich Dasbach* sie als 24seitige Broschüre in seinem Verlag heraus und setzte sie als Agitationsmittel ein. Gemäß der Intention ihres Verlegers war sie – sie kostete 20 Pfennig – zur »massenhaften Verbreitung« unter den Saarbergleuten bestimmt. Vom 14. Juli 1889 an bot das »Paulinus-Blatt« sie zum Kauf an. Um den Verfasser des »ruchlosen Machwerks zur Aufhetzung der Arbeiter – insbesondere der Bergmanns-Bevölkerung« zu ermitteln – wurde, allerdings ohne Ergebnis, die Paulinus-Druckerei in Trier durchsucht (TZ, Nr. 245, 30. August 1889). *Georg Friedrich Dasbach* zufolge war das »Spottgedicht auf die Thätigkeit der Unterbeamten im Saarkohlenrevier« spätestens von diesem Augenblick an »in aller Zungen« und »zu seiner Berühmtheit eigentlich erst gelangt . . . durch seine Widersacher«. Seine politischen Opponenten »stimmten ein Geschrei an, als ob dieser Sang von Lao Fumtse den Bergarbeiterstreik verursacht hätte« (TLZ, Nr. 150, 3. Juni 1890). Bei den Beratungen des Preussischen Landtags über die Zustände in den Bergwerken im Anschluß an die Massenstreikbewegung an Saar und Ruhr war besagte Broschüre wiederholt Gegenstand heftiger Kritik, so am 13. März und 16. April 1890 (Sten. Berichte, Berlin 1890, II, 679 bzw. 1080).

<sup>35</sup> TLZ, Nr. 188, 13. Juli 1889.

Versammlung scheinbar zum Frieden zu reden. « Den Grund sieht der Artikelschreiber in den bevorstehenden Reichstagswahlen: »Da muß geschürt werden, Beamte und Arbeiter müssen hintereinander gehetzt, uneinig gemacht werden . . . Wenn die böse Saat aufgeht, wird kein reichstreuer Abgeordneter, sondern ein ultramontaner Vertreter im Saarkreis gewählt werden . . . Vielleicht wird sogar – es wächst der Mensch mit seinem größeren Zwecke – Herr Dasbach selbst gewählt.«<sup>36</sup>

*Georg Friedrich Dasbach* nahm ausführlich zu den Vorwürfen Stellung. Vor drei Jahren bereits hätten ihm Bergarbeiter ihr Leid geklagt. Er habe nur deshalb von einer Veröffentlichung ihrer Beschwerden Abstand genommen, weil sie andernfalls mit empfindlichen Sanktionen hätten rechnen müssen. Da die Bergarbeiter aber gegenwärtig selbst ihre Anklagen öffentlich artikulieren, brauche er sich nicht mehr zurückzuhalten. Wenngleich zu konstatieren sei, daß inzwischen die schlimmsten Übelstände abgestellt worden seien, so bleibe die Situation im Saarbergbau weiterhin sehr reformbedürftig. An Hauptübel rangierten namentlich niedrige Löhne und die lange Schichtdauer. Für 25 Schichten zu je neun Arbeitsstunden, die Ein- und Ausfahrt nicht mitgerechnet, erhalte der Bergmann nur einen Lohn von 80 Mark. Nach Abzug der Unkosten bleibe ihm nur noch 63,90 Mark im Monat zum Lebensunterhalt übrig. Scharf geißelte *Georg Friedrich Dasbach* das ungerechte System der Arbeitszuteilung und die Tatsache, daß Bergbeamte sich bestechen ließen, um den betreffenden Bergleuten vorteilhaftere Gedinge zuzuweisen. Laut Auskunft der Betroffenen seien andererseits günstigere Gedinge von Fahrsteigern willkürlich herabgesetzt worden. Als Lösung schlägt er vor, ein »Ältesten-Kollegium« von Arbeitern wählen zu lassen, das als Vermittlungsinstanz und Interessenvertretung beider Parteien fungieren könnte, um auf diese Weise die bestehenden Konflikte friedlich beizulegen<sup>37</sup>.

Der Streik ließ sich jedoch nicht mehr vermeiden. Ungefähr 12 000 Bergarbeiter, etwa die Hälfte der im Saarbergwerk Tätigen, traten in den Ausstand und machten sich die Forderungen ihrer westfälischen Kollegen zu eigen, indem sie Anspruch erhoben auf höheren Lohn, achtstündige Arbeitszeit und gerechtere Behandlung von seiten ihrer Vorgesetzten. Infolge mangelnder Organisation und eines fehlenden, gemeinsam abgestimmten Aktionsprogramms brach die Streikbewegung bereits zwei Wochen später zusammen. 48 Streikführer wurden fristlos entlassen. Wieder

---

<sup>36</sup> Zitate in: TLZ, Nr. 188, 13. Juli 1889.

<sup>37</sup> Ebenda.

griff *Georg Friedrich Dasbach* ein, für den der Bergarbeiterstreik an Ruhr und Saar eine günstige Gelegenheit bot, sich auf breiter Front mit der sozialen Lage der Arbeiterschaft journalistisch auseinanderzusetzen<sup>38</sup>. Er regte an, einen Rechtsschutzverein<sup>39</sup> zu bilden, der tatsächlich am 4. August 1889 mit Sitz in Bildstock gebildet wurde. Der Vereinsvorstand setzte sich aus den Vertrauensmännern der einzelnen Zechen zusammen, zum Vorsitzenden wählte man *Nikolaus Warken*. Der Verein verpflichtete sich, seinen Mitgliedern bei arbeitsrechtlichen Querelen mit den Unternehmern Rechtsschutz zu gewähren, außerdem die Interessen der Bergleute zu vertreten.

Kurze Zeit nach Konstituierung des Rechtsschutzvereins, und zwar am 11. November, wurde *Georg Friedrich Dasbach* als Abgeordneter des Wahlkreises Hünfeld-Gersfeld in den Preußischen Landtag gewählt. Vor diesem Forum hat er sich wiederholt und engagiert für die Anliegen der Bergarbeiter eingesetzt<sup>40</sup>, so bereits in seiner ersten parlamentarischen Rede am 13. März 1890 bei der Beratung des Etats der königlichen Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung. In ihr kam er u. a. auf einige Punkte der auf Anordnung *Wilhelms II.* von den Ministern der öffentlichen Arbeiten und des Innern in Auftrag gegebenen Denkschrift zu sprechen, die das Untersuchungsergebnis über direkte Ursachen, Hintergründe und Zusammenhänge der Massenarbeitsniederlegung enthielt<sup>41</sup>. Er prangert die menschenunwürdige Behandlung der Arbeiter durch die Bergbeamten schonungslos an und zeigt auf, daß die entsprechenden Ausführungen und Wertungen der Denkschrift häufig sachlich nicht zutreffen. Überdies weist er die in dem Gutachten geäußerte Vermutung als unhaltbar zurück, als hätte »sich nicht hinreichend feststellen lassen, inwieweit ein Zusammenhang zwischen der Bergarbeiterbewegung an der Saar und der Berg-

<sup>38</sup> Zu *Georg Friedrich Dasbachs* Bemühen um die Arbeiterfrage und die Berichterstattung darüber in seiner Presse: *Ulrich Fohrmann*, *Trierer Kulturkampfpublizistik*, 202f.

<sup>39</sup> Ebenda, 205f.

<sup>40</sup> Insbesondere auch bei den Beratungen über den Bergetat, in deren Verlauf *Georg Friedrich Dasbach* für höhere und gerechtere Löhne der Bergleute plädierte, vor allem für die sogenannten »Halbinvaliden«; außerdem bei den Beratungen über den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung einzelner Bestimmungen des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865. Folgende Stellen beziehen sich auf seine Äußerungen zu Bergarbeiteranlässen: *Sten. Berichte*, Berlin 1890, II, 671–678; 720; 1076–1078; 1080–1082; 1083; III, 1789–1791; 1792; 2050; *Sten. Berichte*, Berlin 1892, II, 1000–1002; 1005; 1147f.; 1159; III, 1483f.; 1486; 1488; 1490f.; 1688f.; 1706–1709; 1713f.; 1724; *Sten. Berichte*, Berlin 1898, II, 945–947; 950.

<sup>41</sup> Der Ruhrstreik erfuhr durch die persönliche Intervention *Wilhelms II.* die entscheidende Wende. Zur Beilegung des Arbeitskampfes und seines Ergebnisses, das sich ebenfalls auf die Situation im Saarbergwerk ausgewirkt hat: *Ernst Rudolf Huber*, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, IV, 1212–1215.

arbeiterbewegung an der Ruhr bestanden habe. Sie glaubt dann, noch besonders hervorheben zu müssen, daß in der am 15. Mai in Bildstock abgehaltenen Versammlung sogar ein fertig geschriebenes Protokoll vorlag. Das sind doch merkwürdige Andeutungen. Denselben gegenüber muß ich doch klarstellen, daß es ganz wunderbar gewesen wäre, wenn nicht dem Ausstand im Ruhrgebiet auch ein Ausstand im Saargebiet gefolgt wäre; denn die Leute lesen die Zeitungen, sie haben gehört, welche Forderungen ihre Kameraden an der Ruhr stellen, sie hatten viel schlimmere Beschwerden, die Arbeitszeit dauerte bei ihnen viel länger, und darum war es wohl unvermeidlich, daß die Leute sich zusammenthatsen und überlegten, ob sie nicht, da ihnen der gewöhnliche Beschwerdegang verschlossen zu sein schien, jetzt in anderer Weise ihre Forderungen erheben könnten, ob nicht die Zeit und die Gelegenheit sei, jetzt mit größerem Nachdrucke diese Forderungen geltend zu machen. Das, meine Herren, ist die einzige Ursache, aus welcher die Arbeitseinstellung an der Saar entstanden ist.«<sup>42</sup>

## 2. Rechtsschutzverein

Die Vorgänge und Auswirkungen während der Streikbewegung im Jahre 1889 ließen bei der Bergarbeiterschaft an der Saar Gedanken aufkommen, eine Organisation zu schaffen wie den im Ruhrgebiet seit April 1886 existierenden »Rechtsschutzverein für die bergmännische Bevölkerung des Oberbergamtsbezirks Dortmund« mit Sitz in Bochum<sup>43</sup>. Schärfere Konturen nahmen diese noch vagen Überlegungen an durch die Unterstützung von seiten des katholischen Klerus, der befürchtete, beim Erstarken der Sozialdemokratie seinen bisherigen Einfluß auf die Arbeiterschaft zu verlieren. Ein dreiköpfiges Initiativteam mit *Georg Friedrich Dasbach* als Hauptinspirator an der Spitze schlug vor, einen Rechtsschutzverein für die Saarbergleute als »eine gegenseitige Versicherung gegen Prozesse« nach dem Modell des »Trierischen Bauernvereins« zu gründen<sup>44</sup>. Er wandte sich in diesem Anliegen im Juli 1889 an *J. Fusangel*, den Leiter des

<sup>42</sup> Sten. Berichte, Berlin 1890, II, 672.

<sup>43</sup> *P. Kiefer*, Die Organisationsbestrebungen der Saarbergleute, ihre Ursachen und Wirkungen auf den Bereich des Saarbrücker Bergbaues und ihre Berechtigung, Straßburg 1912.

<sup>44</sup> Hierzu siehe seine Darlegungen, in denen er die Grundidee des »Rechtsschutzvereins« konkretisierte, wonach jedes Mitglied unter gewissen Bedingungen das Recht hatte, »auf Kosten der Vereinskasse einen Proceß wegen bestimmter Entschädigungen zu führen« (Sten. Berichte, ebenda, 677). Zur Kritik der dem *Freiherrn von Stumm* nahestehenden Berliner »Post« am Rechtsschutzverein und der sogenannten Kaplanspartei, womit *Georg Friedrich Dasbach* gemeint ist, in: *Germania*, Jg. 20, Nr. 204, 2. Blatt, 5. September und Nr. 210, 2. Blatt, 12. September 1890.

erwähnten Vereins und erbat ein Exemplar des Statuts des rheinisch-westfälischen Rechtsschutzvereins, um in Anlehnung an ihn die Gründung des »Rechtsschutzvereins der Saarbergleute« unter dem Vorsitz des Bergarbeiterführers *Nikolaus Warken* zu verwirklichen. Wie sehr *Georg Friedrich Dasbach* dem Verein auch nach dessen Bildung verbunden blieb, offenbaren die engen Beziehungen zwischen *Dasbach* und *Warken*, die im Anschluß an *Ulrich Fohrmann* zusammenfassend resümiert werden:

»a) Warken forderte im Jahre 1889 die Bergleute wiederholt im *Dasbach'schen* Sinne auf, »nur mit größter Ruhe und Besonnenheit vorzugehen« und »den Behörden . . . etwas Zeit (zu) lassen«.

b) Auf *Warken's* Veranlassung wurde *Dasbach's* Vorschlag vom 9. Juli 1889 in Bildstock realisiert, sich mit den Nöten der Bergleute in einer Petition an den Kaiser zu wenden.

c) Der Rechtsschutzverein galt 1889 unter der Führung *Warken's* zumindest bei den nationalliberalen und freisinnigen Kräften im Saargebiet als so »ultramontan«, daß als Gegenstück am 13. Oktober 1889 ein »Evangelischer Bergarbeiter-Verein« in Friedrichsthal gegründet wurde.

d) Als *Warken* bei einem Prozeß am 19. Dezember 1889 ohne Rechtsbeistand war, fuhr *Dasbach* persönlich von Trier nach Koblenz und Köln, um ihm einen Verteidiger zu verschaffen. Dies gelang ihm schließlich in Köln nach »langem Zureden«.«<sup>45</sup>

In seiner Landtagsrede am 13. März 1890 äußerte sich *Georg Friedrich Dasbach* zum Verhalten der Bergwerksbehörden dem Rechtsschutzverein gegenüber, dessen Gründung sie von Anfang an »als ein großes Übel angesehen« hätten. Im Frühjahr desselben Jahres hatte der Staatsrat angeordnet, für das Saarrevier Arbeiterausschüsse als Interessenvertreter der Arbeiterschaft schleunigst einzurichten. Auf diese Weise sollte eine von mehreren Folgemaßnahmen in Angriff genommen werden, um so das Versprechen Kaiser *Wilhelms II.* einzulösen, die Königlichen Gruben zu Musteranstalten zu machen. Gemäß dem Wahlreglement bildeten die einzelnen Abteilungen einer Grube, die sogenannten Steigerabteilungen, je einen Wahlkörper, der ein Mitglied aus seiner Mitte wählen konnte. Unmittelbar vor diesen Wahlen nun hatten die Bergwerksbehörden einen großen Teil der aussichtsreichen Kandidaten in einer Grubenabteilung zusammengelegt, wodurch eine bestimmte Wahlgeometrie erreicht wurde. Darüber waren die Bergleute äußerst aufgebracht. Aber statt nach der geltenden Wahlordnung zu verfahren, votierten sie für jene Vertrauensmänn-

<sup>45</sup> *Ulrich Fohrmann*, *Trierer Kulturkampfpublizistik*, 206. *Georg Friedrich Dasbach* hatte *Nikolaus Warken* auch im Preußischen Landtag in Schutz genommen (Sten. Berichte, Berlin 1890, II, 671; 673; 677).



ner, die nicht wählbar waren, in der festen Überzeugung, daß das Wahlergebnis wegen der vorgenommenen Manipulation nachträglich abgeändert werde. *Georg Friedrich Dasbach* appellierte eindringlich an die Abgeordneten, für das Verhalten der Bergarbeiter Verständnis aufzubringen, und daß deren berechtigte Beschwerden »baldmöglichst eine Berücksichtigung finden mögen«, zumal bei Ignorieren ihrer Anliegen gewaltsame Ausschreitungen drohen würden. Seine Ausführungen sind auch aufschlußreich für die im »Rechtsschutzverein« tätigen Bergleute: »Es war doch wohl selbstverständlich, daß die Bergleute zu Vertrauensmännern vorzugsweise diejenigen wählen würden, die bisher für ihre Interessen als Vertrauensmänner des Rechtsschutzvereins eingetreten waren; diese Vertrauensmänner waren nicht in provozierender Weise für ihre Kameraden eingetreten, sondern ich weiß ausdrücklich, daß viele von den gewählten Vertrauensmännern mit großem Geschick und großem Erfolg die unzufriedenen Elemente niedergehalten und dadurch die Erneuerung eines Streiks im Dezember vorigen Jahres verhütet haben.«<sup>46</sup>

Neben den neu gebildeten Arbeiterausschüssen blieb vorerst der Rechtsschutzverein weiter bestehen. Seine Mitglieder akzeptierten grundsätzlich *Georg Friedrich Dasbachs* sozialpolitische Konzeption und taktisches Vorgehen, da beides den Wünschen der Bergarbeiter entgegenkam und unmißverständlich gegen jeglichen Wirtschaftsliberalismus gerichtet war. Als *August Bebel*, *Karl Liebknecht* und andere Sozialdemokraten als Redner bei Vereinsversammlungen auftraten und *Nikolaus Warken* radikale Thesen zu propagieren begann, distanzierte sich der Klerus, bis es schließlich zwischen ihm und den Vereinsmitgliedern zum offenen Bruch kam. *Georg Friedrich Dasbach* hatte seine Beziehungen zu *Nikolaus Warken* bereits 1880 nach einem Streit über fällige Prozeßkosten abgebrochen. Infolge behördlicher Maßnahmen und interner Querelen löste sich der Rechtsschutzverein im Juli 1893 auf<sup>47</sup>.

### III. CHRISTENTUM, SOZIALISMUS UND SOZIALDEMOKRATIE

#### 1. Gesellschaftsordnung in der Sicht der sozialistischen Bewegung

In vorliegendem Zusammenhang kann es nicht darum gehen, die sozialistische Gesellschaftsordnung nach Ursprung, Inhalt, ihrer durchaus nicht

<sup>46</sup> Sten. Berichte, Berlin 1890, II, 677.

<sup>47</sup> *H. Klein*, Geschichte des Landkreises Saarbrücken, in: Grenze als Schicksal – 150 Jahre Landkreis Saarbrücken, Saarbrücken 1966, 77.

uniformen historischen Entwicklung und Wirkungsgeschichte, auch nicht darum, die Propagierung der sozialistischen Theorien durch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im einzelnen zu explizieren. Nur einige Grundlinien des Sozialismus, wie er sich damals selbst interpretierte und von seinen Gegnern verstanden wurde, werden skizziert, die *Georg Friedrich Dasbachs* Einstellung gegenüber dieser Bewegung und ihren Ideen verständlicher machen.

Die vom Sozialismus vorgeschlagene Lösung zur Überwindung der sozialen Frage mit Hilfe klassenkämpferischer Methoden war für die Katholiken unannehmbar, stand sie doch im direkten Widerspruch zum Kapitalismus und zur Lehre der Kirche. Das Wesen des Sozialismus gründet auf drei Grundpfeilern, die die traditionelle Staats- und Gesellschaftsordnung radikal verneinen, weil sie als herrschaftsstabilisierende Faktoren die ungerechten sozio-ökonomischen Strukturen und Zustände fortschreiben. Vom Ursprung her ist deshalb der Sozialismus vornehmlich Antikapitalismus und damit Kapitalismuskritik. Er besitzt darüber hinaus eine dynamische Zukunftsperspektive, aus der hauptsächlich seine Werbewirksamkeit resultiert. Es ist der Glaube an das Endziel einer vollkommeneren, gerechteren, menschenwürdigeren, klassenlosen Gesellschaft, in der es keine Standes- und Besitzunterschiede, keine Ausbeutung, Unterdrückung und Entfremdung seiner selbst geben soll. Aufgrund des egalitären Prinzips hat das Kollektiv Vorrang vor dem Individuum. Die so verstandene kollektivistische Gesellschaft rangiert als oberster Wert, dem die übrigen menschlichen Werte untergeordnet sind, die allerdings in Subordination voll verwirklicht werden sollen. Das Gleichheitsprinzip impliziert die klassenkämpferische Parole sowie die revolutionäre Beseitigung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Nicht Reform der Gesellschaft durch eine konstruktive und permanente Sozialpolitik ist das Aktionsprogramm, sondern der gewaltsame Umsturz. Insbesondere die atheistische und materialistische Ideologie des Sozialismus läßt sich mit den Lehren des Christentums nicht vereinbaren; sie steht vielmehr im scharfen Gegensatz zur christlichen Weltanschauung, da sie nicht nur eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung intendiert, sondern die christliche Ordnung in der Gesellschaft als überholt beseitigen will. Religion ist nämlich nach sozialistischer Theorie bloße Widerspiegelung der bestehenden, zu kritisierenden wirtschaftlichen Verhältnisse, nicht eigentliches Konstitutivfundament des Gemeinwohls.

Die scharfe Kritik der Sozialdemokratischen Partei am ungehemmten Wirtschaftsliberalismus mit seinen Negativerscheinungen, die Verheißung einer besseren Zukunft und die gezielte sozialdemokratische Propa-

ganda, die für sich beanspruchte, die Interessen der Arbeiter allein und selbstlos zu vertreten, ließ befürchten, daß immer mehr Arbeiter, auch katholische, sich dieser politischen Gruppierung anschlossen. Um diesen Tendenzen kraftvoll entgegenzuwirken, gingen führende Männer des politischen Katholizismus und der Kirche dazu über, Abwehrmaßnahmen in die Wege zu leiten. Eine dieser Maßnahmen war die Gründung von Arbeitervereinen in Deutschland<sup>48</sup>. Auf dem Katholikentag zu Amberg 1884 motivierte *Franz Hitze*, Sekretär des Verbandes »Arbeiterwohl«, diese Entscheidung: »Wenn die Sozialdemokraten in öffentlichen Versammlungen die Gottesleugnung und Äußerungen des Hasses vorzubringen wagten, die täglich in ihrem Programme zu lesen sind, unser christliches Volk würde sich mit Abscheu von ihnen wenden. Wenn wir ihnen in öffentlicher Versammlung entgegentreten könnten, die Sozialdemokratie wäre bald isoliert. Die Propheten des Unglaubens in der Arbeiterbluse gehen zu Tausenden in unseren Fabriken und Werkstätten ein und aus; sie arbeiten mit unseren christlichen Arbeitern an ein und derselben Maschine, teilen mit ihnen den Hin- und Herweg, sie sitzen in demselben Kosthaus, an demselben Wirtshaustische und können so tausendfach die Saat des Mißtrauens und Unglaubens aussäen. Diesen Verhältnissen gegenüber gibt es nur ein Mittel: Wir müssen aus unseren christlichen Arbeitern eine wohlgeschulte, wohlbewaffnete Armee bilden, die den Sozialdemokraten auch in die Fabrik, in die Werkstatt hinein folgt. Organisieren wir unsere christlichen Arbeiter, ehe es zu spät ist, organisieren wir sie in christlichen Vereinen, ehe die Feinde in unseren eigenen Mauern sind.«<sup>49</sup> Die Arbeitervereine<sup>50</sup> wurden als eine Bastion gegen die agitationstarke Sozialde-

---

<sup>48</sup> Vgl. *Otto Müller*, Katholische Arbeitervereine. Ihre Notwendigkeit, Aufgaben und Einrichtungen (Soziale Tagesfragen, Heft 22), Mönchen-Gladbach <sup>3</sup>1907; *Emil Ritter*, Die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands im neunzehnten Jahrhundert und der Volksverein, Köln 1954; *Helga Grebing*, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick, München <sup>4</sup>1973, 120–133; *Johannes Horstmann*, Katholizismus und moderne Welt. Katholikentage, Wirtschaft, Wissenschaft – 1848 bis 1914 (Abhandlungen zur Sozialethik, Bd. 13), München, Paderborn, Wien 1976, 54–58.

Insbesondere der »Volksverein« hatte es sich zur erklärten Aufgabe gemacht, Front gegen die Sozialdemokratie zu beziehen. Programmatisch wird demgemäß in § 1 der Statuten von 1890 als Zweck des Vereins genannt: »Die Bekämpfung der Irrthümer und der Umsturzbewegungen auf sozialem Gebiete sowie die Verteidigung der christlichen Ordnung in der Gesellschaft.« Zum Verhältnis des Volksvereins zur Sozialdemokratischen Partei jetzt: *Horstwalter Heitzer*, Der Volksverein für das katholische Deutschland im Kaiserreich 1890–1918, Mainz 1979, 166–191.

<sup>49</sup> Zitiert bei: *Johannes Horstmann*, Katholizismus und moderne Welt, 55.

<sup>50</sup> In diesem Zusammenhang wäre die verbissen geführte Auseinandersetzung um die christlichen Gewerkschaften und die katholischen Arbeitervereine näher zu diskutieren. Zum Gesamtkomplex umfassend: *Rudolf Brack*, Deutscher Episkopat und Gewerk-

mokratie gegründet. Es war ein religiöser Abwehrkampf, den man mit Hilfe der Arbeitervereine führte.

## 2. »Die Stellung der Sozialdemokratie zur Arbeiterfrage und Religion«

Auch *Georg Friedrich Dasbach* bemühte sich seit Jahren in seinem Wirkungsbereich um die katholischen Arbeiter, die sich in verstärktem Maß der sozialistischen Bewegung zuwandten, womit gleichzeitig meist eine Abkehr von Christentum und Kirche korrespondierte. Im Anschluß an die Erörterung sozialer Bergarbeiterfragen im Preußischen Landtag setzte er sich erstmals öffentlich in einer zweistündigen Rede mit der sozialistischen Ideologie auseinander, und zwar an Maria Himmelfahrt 1890 auf einer vom katholischen Pfarrer *Zimmer* einberufenen Arbeiterversammlung in St. Ingbert, wo die Sozialdemokraten rührige Propaganda betrieben. Er sprach über das in der Überschrift angegebene Thema<sup>51</sup>. Ihm kam es vor allem darauf an, die Arbeiter über die Unhaltbarkeit des sozialistischen Gedankenguts aus christlicher Sicht zu informieren. Seine Ausführungen stellen zugleich einen aktuellen Beitrag zur sozial-politischen Auseinandersetzung im Saarrevier dar.

Einleitend erklärte er, das persönliche Eingreifen Kaiser *Wilhelms II.* in die Arbeiterfrage und die Entlassung des Fürsten *Otto von Bismarck* seien Indizien dafür, daß der im Februar neugewählte Reichstag im Sinn der Zentrumsparterie bahnbrechend in arbeiterfreundlicher Einstellung vorgehe. Die Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes<sup>52</sup> mache es den So-

---

schaftsstreit 1900–1914 (Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte, Bd. 9), Köln, Wien 1976. Bzgl. *Georg Friedrich Dasbachs* Verhalten bei dieser Kontroverse, das stark von seinem Bischof unterstützt wurde, etwa: Die katholischen Fachabteilungen in der Diözese Trier, in: KV, Jg. 45, Nr. 997, 1. Dezember 1904; *Johannes Treitz*, Michael Felix Korum, Bischof von Trier 1840–1921. Ein Lebens- und Zeitbild, München, Rom 1925, 141–171.

<sup>51</sup> Sozialdemokratie und Christentum, in: Beilage zu Nr. 190 der *Germania*, Jg. 20, 20. August 1890. Die Rede, ursprünglich in vollem Wortlaut am 21. September 1890 im »Paulinus-Blatt« abgedruckt, erschien im Oktober verkürzt in Broschürenform zum Preis von 10 Pfennige und war deswegen zur Massenverbreitung geeignet: *Georg Friedrich Dasbach*, Der Zukunftsstaat der Sozialdemokraten, Trier 1890; Anklänge an diese Gedankengänge: *ders.*, Die Arbeiter-Encyklika des Papstes und die Tätigkeit des Centrums, Trier 1903. Diese Publikation – ein Rechenschaftsbericht über das sozialpolitische Engagement der Zentrumsfraktion – geht zurück auf seine Rede am Sonntag, dem 25. August 1901, auf der Festversammlung der katholischen Gesellen- und Arbeitervereine im Rahmen der 48. Generalversammlung der Katholiken zu Osnabrück.

<sup>52</sup> Hierzu: *Ernst Rudolf Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte, IV, 1153–1166.

zialdemokraten möglich, sich offen zusammenzuschließen und ihre Lehre darzulegen. Es werde sich zeigen, daß die Sozialdemokratische Partei nicht lebensfähig sei. Denn eine Sozietät, die in den Grundprinzipien uneinig ist, wie das kürzlich bekanntgewordene sozialdemokratische Parteiprogramm offenbart, über das in der eigenen Partei heftig gestritten werde, könne keine neue Gesellschaftsordnung konstituieren. *Georg Friedrich Dasbach* kam dann auf die Angriffe der Sozialdemokratie gegen die christliche Religion, vor allem auf den Katholizismus, die katholische Geistlichkeit und die Klöster zu sprechen, die er energisch zurückwies. Die fundamentalen Prinzipien aller christlichen Parteien, nämlich das persönliche Eigentum, die Familie in ihrer gegenwärtigen Gestaltung, den Glauben an einen persönlichen Gott und an ein Jenseits gelte es gegen derartige Beschimpfungen entschieden zu verteidigen. »Eine Partei, welche diese drei Grundpfeiler der Gesellschaft unterwühlt, kann nichts zu Stande bringen, sie kann bei der Durchführung ihrer Bestrebungen und nach denselben nur unsägliches Unheil stiften.«

Großen Wert legte er darauf, plausibel zu erklären, daß entscheidende Impulse, die Lage der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern, insbesondere vom Zentrum ausgegangen sind, wengleich zu konzedieren sei, daß bei diesem Bemühen Zentrum und Sozialdemokratie manche Gemeinsamkeit verfolgen. Schon 1881 habe beispielsweise das Zentrum die Anfrage gestellt, ob die Regierung willens sei, zum Wohl der arbeitenden Klasse die Sozialgesetzgebung weiter auszubilden, indem die Sonntagsarbeit abgeschafft, die Frauenarbeit noch stärker eingeschränkt und die überlange Arbeitszeit für männliche Erwachsene unmöglich gemacht werde. Seinerzeit war *Otto von Bismarck* jedoch nicht bereit, diese Angelegenheit entschlossen anzugehen, weil die geforderte Arbeitseinschränkung dem Arbeiter und Unternehmer in gleicher Weise Nachteile bringe. Immer wieder habe das Zentrum dafür plädiert, Maßnahmen in Angriff zu nehmen, wodurch der Arbeiterschaft wirksam geholfen und ein berechtigter beiderseitiger Interessenausgleich herbeigeführt werde.

An Hand einer Broschüre des sozialdemokratischen Schriftstellers *William Stern* »Der socialdemokratische Zukunftsstaat« klärte *Georg Friedrich Dasbach* seine Hörer über die Unzulänglichkeiten und Fehler der sozialistischen Gesellschaftsordnung auf. Er referierte in groben Zügen die wichtigsten Gedanken der erwähnten Schrift: Danach ist der Staat alleiniger Arbeitgeber und Ernährer, in ihm gibt es kein persönliches Eigentumsrecht an Grundstücken, Fabriken und Produktionsmitteln, sondern nur ein Eigentumsrecht auf Nahrung und Kleidung, die auf Grund einer Bescheinigung über geleistete Arbeit in den staatlichen Magazinen ausge-

hündigt werden. Jeder kann speisen nach Lust im Hotel oder zu Haus, und so viel und so gut er will. Klassenunterschied gibt es nicht. Jeder, ob Arbeiter oder Aufseher, hat gleiches Recht, zu befehlen hat niemand. Die Berufswahl erfolgt nach der Fähigkeit des einzelnen Individuums. Im Laufe der Schulausbildung sieht der junge Mensch ein, daß Arbeit zum Leben notwendig ist, und er wird sie deshalb gern und freudig verrichten. Er wies ausführlich die Unhaltbarkeit der einzelnen Punkte nach und zeigte auf, daß ein Leben nach den sozialistischen Theorien ein Unding und letztlich kein menschenwürdiges Dasein mehr wäre. Als Beweis diente ihm dabei unter anderem das Experiment des Amerikaners *Edward Bellamy*, eines vielfachen Millionärs und Verfassers einer Schrift über den Zukunftsstaat, der diese Ideen zu realisieren versucht hatte, dabei aber ganz kläglich gescheitert war. Mit einer utopischen, zukünftigen Gesellschaftsordnung, wie sie von den Sozialdemokraten landein landaus propagiert werde, sei den Arbeitern in ihrer gegenwärtigen Notlage nicht gedient. Im übrigen hätten die christlichen Parteien, Zentrum und Konservative, »eine neue Gesellschaftsordnung gar nicht nötig, denn die ihre ist von Gott eingesetzt, und sie ist deshalb in der Lage, jetzt schon für die arbeitenden Classen einzutreten.«

Zum Schluß ermahnte *Georg Friedrich Dasbach* seine Zuhörer, zumeist Bergleute, an den christlichen Grundsätzen festzuhalten, dem Unglauben nicht zu verfallen, der »der eigentliche Urheber der Socialdemokratie ist«, sowie die Besserung ihrer Situation und die Durchsetzung ihrer berechtigten Beschwerden auf legalem Weg zu erreichen suchen. Eindringlich appellierte er an seine Hörer: »Haltet Euch fern von der Socialdemokratie! Sie ist nicht im Stande, die heutigen Übelstände in der menschlichen Gesellschaft zu verbessern; denn die letzten Dinge werden schrecklicher sein als die ersten.«